

Auf unsicherem Posten

SZ 19.4.2013

Wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen erhalten fast nur Zeitverträge – die SPD fordert strengere Regeln

München – Schlecht bezahlt, dafür nur befristet beschäftigt – auf diese zynische Formel könnte man die Lage vieler Nachwuchswissenschaftler bringen. An deutschen Universitäten jedenfalls müssen sich immer mehr wissenschaftliche Mitarbeiter mit Zeitverträgen begnügen, ihr Anteil stieg von 79 Prozent im Jahr 2000 auf fast 90 Prozent in 2010. Dies geht aus dem „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013“ hervor, der am Donnerstag in Berlin vorgestellt wurde. Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium, Cornelia Quenert-Thielen verteidigte die geltenden Befristungsvorschriften in der Wissenschaft. Sie hätten sich „grundsätzlich bewährt“ und seien von Hochschulen und Forschungsinstituten auch erwünscht. Der SPD-Bildungsexperte Sven Schulz sprach dagegen von einer „unhaltbaren Lage vieler junger Wissenschaftler“ und forderte strengere Regeln für befristete Verträge. Auch aus der Unionstraktion kam verhaltene Kritik am Umgang mit jungen Forschern.

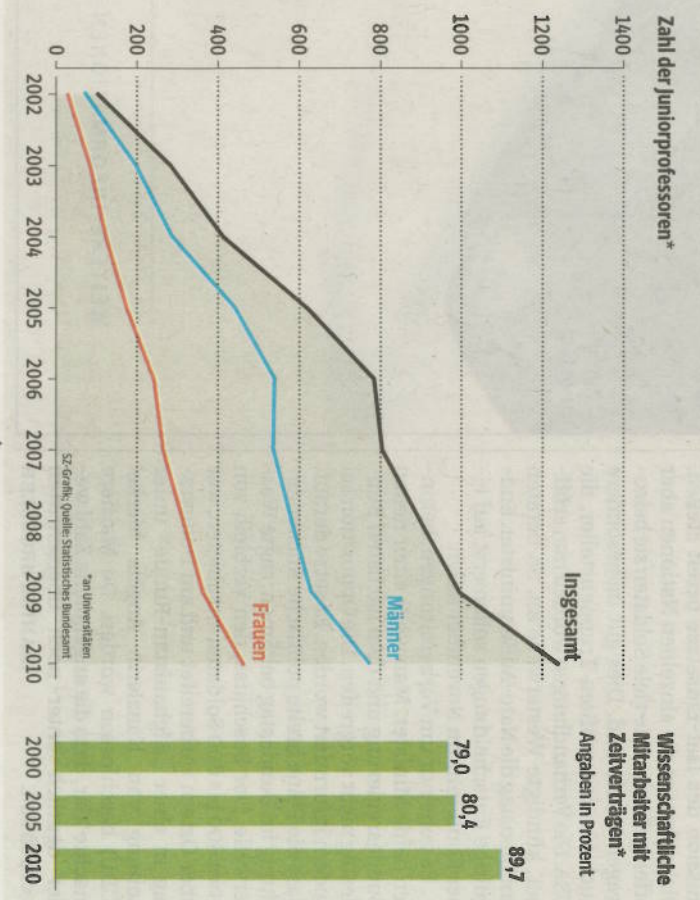
Die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter umfasst vor allem Beschäftigte, die nach ihrem Studienabschluss an Hochschulen bleiben, um beispielsweise eine Doktorarbeit oder Habilitation anzufertigen. Das Modell dieser befristeten Stellen ist auch an Forschungseinrichtungen wie den Max-Planck-Instituten weit verbreitet, wenn auch weniger als an Universitäten. Hier sind etwa sechs von zehn Mitarbeiter mit Zeitverträgen beschäftigt. Laut Bericht sind die Nachwuchswissenschaftler „eher unzufrieden“ über die fehlende Sicherheit, das Einkommen, die Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch das Betriebsklima. In der Regel können die Angestellten nicht selbständig forschen, sondern sind an Weisungen ihres Vorgesetzten gebunden, etwa ihres Professors.

Der hohe Anteil von Mitarbeitern mit Zeitverträgen an den Universitäten ist international ungewöhnlich. So stellen unbefristet angestellte Professoren in den USA gut ein Drittel des gesamten wissenschaftlichen Personals, in Frankreich ist es fast ein Viertel. In der Bundesrepublik bilden die fest angestellten Professoren dagegen nur 13 Prozent aller Uni-Wissenschaftler. Der Bundesbericht, der von Wissenschaftlern unter Federführung des Instituts für Hochschulforschung der Universität Halle erstellt wurde, stellt die Wissenschaftskar-

riere in Deutschland denn auch als mäßig attraktiv dar: In vielen Ländern hätten Profizone als in der Wirtschaft, dafür aber ein geringeres Einkommen. In der Bundesrepublik hätten sie dagegen oft eine unsichere, weil befristete Stelle und gleichzeitig auch noch ein geringeres Einkommen als Promovierte außerhalb der Forschung. Unionspolitiker bewerten die Lage für Nachwuchswissenschaftler dennoch positiv. Der CDU-Bildungsexperte Albert Rupprecht verwies darauf, dass in den vergan-

genen Jahren deutlich mehr Geld in die Wissenschaft geflossen sei, insbesondere vom Bund. Dies habe viele Stellen erst geschaffen und Wissenschaftlern Perspektiven gegeben. Sein Fraktionskollege Tankred Schipanski sieht angesichts der jüngsten Zahlen jedoch Änderungsbedarf. „Extrem kurze Befristungen und Kleinstehtellen sind der Wissenschaft oder den klügsten Köpfen keinesfalls angemessen. Hier werden daher vor allem Hochschulen im Eigeninteresse nachsteuern müssen.“

Junge Forscher in Deutschland



In den vergangenen Jahren floss mehr Geld in die Wissenschaft

Die SPD will sich dagegen nicht auf die Hochschulen verlassen und legte am Donnerstag einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zeitverträge in der Wissenschaft vor. „Der Trend, Leute auf unsicheren Stellen unterzubringen, ist unangebrochen. Das macht Wissenschaft als Beruf unattraktiv“, sagte der SPD-Bildungsexperte Schulz. Dem SPD-Brtwurf zufolge sollen Zeitverträge für Promovierte regelmäßig über zwei Jahre laufen und die Stellung von Doktoranden soll gegenüber ihrem Betreuer gestärkt werden.

Ein weiterer Weg zu einer festen Professorenstelle, die Juniorprofessur, wird derweil immer beliebter. Hier ist seit der Einführung im Jahr 2002 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Die rot-grüne Bundesregierung hatte das Modell eingeführt. Die zeitlich ebenfalls befristete Juniorprofessur sollte die Habilitation überflüssig machen und Nachwuchswissenschaftlern selbständiges Forschen ermöglichen. Das Angebot wird insbesondere von Frauen gut angenommen, sie sind in der Gruppe deutlich besser vertreten als unter den fest angestellten Professoren. **ROLAND PRURUSS**